



VIDEOKOMMENTAR VON JOURNALIST UND BUCHAUTOR MARKUS

GÄRTNER

Reaktionen auf den Mord im Frankfurter Hbf

Wissen Sie noch, wovor wir früher in den Medien durch alle möglichen Experten gewarnt wurden? Ernährungsfehler, zum Beispiel. Oder welche Autobahnen wir zu Ferienbeginn meiden sollten.

Vielleicht auch herabfallende Äste im Wald, oder eine drohende Blasenentzündung, wenn man nasse Badesachen trägt.

Im Extremfall auch Wildschweine oder auf die Erde stürzender Weltraum-Müll.

Im heutigen Deutschland, nach 14 Jahren Kanzlerschaft unter Angela Merkel, sehen die einschlägigen Warnungen inzwischen anders aus:

Frauen sollen eine Armlänge Abstand zu Männern halten; sie sollen sich nicht zu nah an Bahnsteigkanten stellen, wenn der Zug einfährt; wir sollen Schutzsuchenden nicht direkt in die Augen schauen, was besonders pragmatisch klingt, wenn man Kontakt zu den Neubürgern aufnehmen und bei der Integration helfen soll; in dieser Woche stellte ein Twitter-User eine

Timeline der Experten-Ratschläge auf.

Die lautete so:

2015: so schützt man sich auf Reisen;

2016: so schützt man sich zu Neujahr;

2017: so schützt man sich im Freibad;

2019: so schützt man sich am Bahnsteig.

So beschreiben veränderte Warnungen eine fundamentale Wende im Land, in dem wir angeblich gut und gerne leben. Wenn nur diese wachsenden Nebenwirkungen der Migration nicht wären.

Die Reaktionen auf den Mord an dem kleinen Jungen im Frankfurter Hauptbahnhof haben klar gezeigt: In Deutschland brodelt es zunehmend, die Hutschnur vieler Menschen ist zum Zerreißen gespannt. Niemand weiß, wann sie reißt. Aber die Warnungen davor nehmen zu. Mehr als ein Twitter-Teilnehmer hat am Montag gewarnt, dass „hier bald die Straßen brennen werden“.



Das ist keine populistische Instrumentalisierung durch irgendeine Lobby oder Partei. Es sind entsetzte Menschen, die hier ihre Sorge vor einer Eskalation zum Ausdruck bringen, eine Eskalation, die sich nicht mehr aufhalten lässt, wenn es keine scharfe politische Kehrtwende bei der Migration gibt. Doch die zeichnet sich weiterhin nicht ab.



In Deutschland tobt ein molekularer Bürgerkrieg

Von STEFAN SCHUBERT | Schwerste Gewalttaten gegen Deutsche ereignen sich in immer kürzeren Abständen. Die aktuellen Bahnhofsgleismorde in Voerde (NRW) und Frankfurt haben die gesamte Nation geschockt. Es ist die Willkürlichkeit und die unfassbare Brutalität der mutmaßlichen Täter, in diesen Fällen ein Kosovare und ein Eritreer, die das Fassungsvermögen vieler Bürger übersteigen. Die Sicherheitslage im Land ist durch die unkontrollierte Masseneinwanderung vollkommen erodiert. Der Staat weigert sich jedoch weiterhin, sein Gewaltmonopol zum Schutz der Bevölkerung konsequent einzusetzen und die Grenzen, die Leitplanken eines Staates, endlich zu schützen. So ist der öffentliche Raum zu einem Angstraum verkommen.

Aussichten auf den Bürgerkrieg lautete der Titel eines Essays, das der bekannte linke Intellektuelle Hans Magnus Enzensberger bereits anno 1993 publizierte. Neben den vielen dort aufgezählten Konfliktfeldern stehen wir aufgrund der unkontrollierten Masseneinwanderung, bei der es sich mehrheitlich um männlich-muslimische Einwanderer handelt, heute vor einem Konflikt, der von höchster Brutalität geprägt ist. Wie desolat sich die Sicherheitslage in der Regierungszeit Merkels verändert hat, hat der Autor im Spiegel-Bestseller [Die Destabilisierung Deutschlands: Der Verlust der inneren und äußeren Sicherheit](#) belegt und analysiert.

Der heimtückische Mord an dem 8-jährigen Jungen am Frankfurter Bahnhof hat die Nation aufgewühlt. Binnen zwei Wochen war dies der zweite Anschlag, bei dem Deutsche hinterrücks und willkürlich am helllichten Tage durch Einwanderer ermordet wurden.

Sie standen arglos auf dem Bahnsteig und warteten auf den einfahrenden Zug, als sie heimtückisch von hinten gezielt vor den Zug gestoßen und so brutal ermordet wurden. Welche Schockzustände und Traumata die Mutter und Tatzeugen durchleiden mussten und müssen, befindet sich jenseits des menschlichen Vorstellungsvermögens. Es ist fraglich, ob die Überlebenden und Zeugen jemals wieder in der Lage sein werden, ein normales Leben zu führen.

Gewalttaten erschüttern die Nation

Schon vor den Grenzöffnungen im Jahr 2015 waren diese Entwicklungen in No-go-Areas von Berlin und dem Ruhrgebiet zu beobachten. Die Kriminalität und Gewalt der arabisch-muslimischen Clans und deren regelmäßige Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte dort besaßen schon damals Züge eines molekularen Bürgerkrieges, vor dem Enzensberger gewarnt hatte.

Wenn man die tödlichen Gewaltexzesse der vergangenen Jahre genauer analysiert, sticht ein Datum heraus, seit dem der molekulare Bürgerkrieg von muslimischen Einwanderern gegen Deutsche nicht mehr zu leugnen ist. Es handelt sich um die Kölner Silvesternacht 2015/16, als sich bis zu 1500 überwiegend nordafrikanische Männer zu einer Horde zusammenrotteten und junge Mädchen und Frauen wie Freiwild jagten und sexuell attackierten. So gut wie niemand dieser Sex-Täter wurde vom deutschen Staat vor Gericht gestellt oder gar abgeschoben.

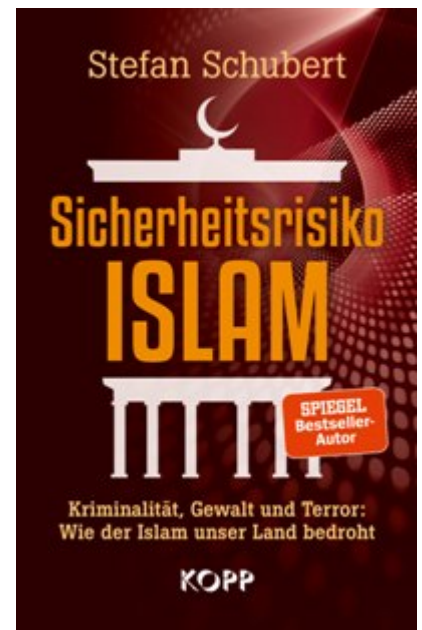
Der anhaltende Kontrollverlust des Staates ist in der 70-jährigen Geschichte der Bundesrepublik beispiellos. So

ereignen sich in immer kürzeren Abständen schwerste Gewalttaten, bei denen die Täter oftmals aus muslimischen Herkunftsstaaten stammen und meist in keinerlei persönlichen Beziehungen zu den deutschen Opfern standen. So wie am Silvesterwochenende 2018/19, als es im bayerischen Amberg zu einer Hetzjagd von vier jungen muslimischen Asylbewerbern auf Einheimische kam. Der »Hass-Mob«, so die *Bild*, bestand aus drei Afghanen und einem Iraner, davon zwei rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, die stundenlang durch die Stadt zogen, willkürlich deutsche Passanten angriffen und zusammenschlugen. Am Ende waren zwölf Personen verletzt, darunter eine 17-Jährige und ein 13-Jähriger.

In Chemnitz wurden ein syrischer und irakischer Asylbewerber beschuldigt, Daniel H. mit Messerstichen regelrecht abgeschlachtet zu haben und zwei weitere Deutsche durch Messerstiche in den Rücken schwer verletzt zu haben.

Diese Okkupierung des öffentlichen Raumes durch gewalttätige – meist muslimische – Migrantengruppen hat nach den Silvesterfeiern, Stadtfesten, Parkanlagen, Freibädern und türkischen Autokorsos auf Autobahnen nun mit den Bahnhöfen eine weitere Eskalation erfahren. Ein Umdenken der Bundesregierung zur grenzenlosen Einwanderung und eine offene Debatte über die extrem hohe Kriminalitäts- und Gewaltbelastung des muslimischen Mannes bleiben in den linksgrünen Massenmedien weiterhin aus.

Der Krieg gegen die einheimische Bevölkerung



Dies ist fatal, denn für viele Muslime stellt der Islam weit mehr als eine Religion – wie etwa die evangelische oder die katholische Lehre – dar, sondern teilt die Menschen in höherwertige Muslime und minderwertigere »Ungläubige« ein, die es zu bekämpfen gilt, und vollzieht dadurch eine radikale Spaltung der Gesellschaft. Dieser Hass auf Juden, Christen, »Ungläubige« und westliche Lebensgewohnheiten bildet den Nährboden für Terror, Gewalt und folglich Kriminalität. Wie weit sich eine islamisch motivierte Kriminalität bereits in Deutschland abzeichnet, wird im neuen Buch des Autors [Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht](#), ausführlich dokumentiert. Während die Massenmedien bei den Gewalttaten noch über ein »unklares Motiv« fabulieren, ist es offensichtlich, dass die Täter unsere freiheitlich-westlichen Lebensgewohnheiten in höchstem Maße verachten.

So lesen sich die aufgezählten Taten wie Schilderungen aus einem Kriegsgebiet, dabei sind die islamistischen Terroranschläge der vergangenen Jahre gegen die deutsche Zivilbevölkerung noch nicht einmal berücksichtigt. In Ansbach, Hamburg, Würzburg, Hannover und auf dem Berliner Weihnachtsmarkt ist der islamisch begründete molekulare Bürgerkrieg offen zutage getreten. Auch wenn die

Mädchenmörder, Vergewaltiger und Messerstecher bei ihren Taten nicht »Allahu Akbar« riefen, so sind diese Häufungen der Taten ohne deren islamische Sozialisation nur schwer vorstellbar.

Während die Berufspolitiker, der neue Adel der Republik, die Masseneinwanderung weiterhin befeuern und verhindern, dass in Zeiten epochaler Völkerwanderungen und islamischer Terroranschläge zumindest normale, geschweige denn konsequente Grenzkontrollen durchgeführt werden, vergrößern sie beständig ihren eigenen Schutzraum, wohnen oft in Gated Communities und lassen sich auf Steuerzahlerkosten schusssichere Glasscheiben und Eingangstüren in ihren Villen einbauen. Da passt es ins katastrophale Bild der Berliner Eliten, dass sich diese während der Aushebelung der Asylregelungen im Grundgesetz einen tiefen und zehn Meter breiten Graben um den Reichstag zum Schutz errichten lassen.

Die aktuelle Arroganz einer Angela Merkel, die den Kontrollverlust und die desolante Sicherheitslage im Land zu verantworten hat, lässt uns sprachlos zurück. Ohne jegliche Anteilnahme zum dem Mord an dem 8-Jährigen, ohne jegliche Beileidsbekundung an die Hinterbliebenen und die aufgewühlte Nation lässt sich die Kanzlerin mit einem Hubschrauber der Bundespolizei in den Urlaub fliegen. Es wurde heute ein Bild von ihr veröffentlicht, wie sie in Sölden in Südtirol bei einem Dinner und einem Glas Rotwein das malerische Bergpanorama genießt.

Bestellinformationen:

» Stefan Schubert: *Sicherheitsrisiko Islam*, 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



26-jähriger Syrer fährt Mercedes CLS bei illegalem Autorennen auf der A3

Von EUGEN PRINZ | Drei Verletzte, neun beschädigte Fahrzeuge und etwa 50.000 Euro Sachschaden lautet die Bilanz einer Massenkarambolage am gestrigen Sonntag Nachmittag auf der A 3 bei Wallau (Hessen), einige Kilometer hinter der Rastanlage Medenbach.

Zeugen auf der nahe gelegenen Rastanlage und auf der Strecke hatten davon berichtet, dass vier Fahrzeuge mit hoher Geschwindigkeit über alle drei Fahrstreifen gerast seien und dabei andere Verkehrsteilnehmer rechts und links überholt hätten.

Ursache des Autobahn-Unfalls war also vermutlich ein illegales Straßenrennen, an dem ein blauer Porsche 911, ein Ferrari neueren Baujahres, ein Mercedes CLS und ein weißer Kompaktwagen beteiligt gewesen sind. Einer der Raser, der Fahrer des Mercedes, krachte auf dem linken Fahrstreifen in einen vorausfahrenden Citroën. Dieser wurde nach vorne geschleudert und prallte gegen einen Wagen mit Anhänger. Der Anhänger riss ab und wurde gegen drei weitere Fahrzeuge geschleudert.

Die anderen Raser hatten vorher auf der Autobahn mit hoher Geschwindigkeit zahlreiche Autos rechts und links überholt. Zeugen berichten, dass das Rennen bei Niedernhausen, das knapp 15 Kilometer von der Unfallstelle entfernt liegt, begonnen hat.

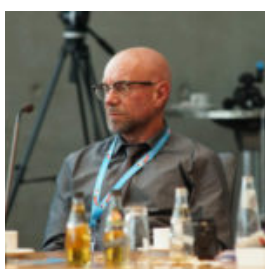
Durch den Unfall kam es auf der A3 zu einer Vollsperrung, die zu einem 20km langen Stau mit stundenlangen Wartezeiten führte.

Asylbewerber mit Mercedes CLS

Bei dem Fahrer des Mercedes CLS handelt es sich, wie PI NEWS bei der Pressestelle der Polizei für Wiesbaden und den Rheingau-Taunus-Kreis ermitteln konnte, um einen 26-jährigen syrischen Asylbewerber. Die Fahrer der anderen drei PKWs sind noch flüchtig.

Es wäre nicht verwunderlich, wenn es sich bei den anderen Rasern ebenfalls um Zuwanderer handeln würde. PI-NEWS wird darüber noch berichten.

Die Verletzten wurden in umliegende Krankenhäuser gebracht. Bis auf eine schwerverletzte Frau konnten sie jedoch inzwischen glücklicherweise wieder entlassen werden, wie der Pressesprecher der Polizei weiter mitteilte. Der syrische Asylbewerber, der mit dem Mercedes CLS die Massenkarambolage verursacht hatte, wird heute im Laufe des Tages vernommen. Die Fahndung nach den Unfallflüchtigen läuft auf Hochtouren.



Eugen Prinz

im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Neue Sicherheitssituation in Deutschland – weg mit dem Pressekodex!

Von EUGEN PRINZ | Sowohl die Pressestellen der Polizeibehörden als auch die etablierten Medien verschweigen häufig in ihrer Berichterstattung über Straftaten den ethnischen Hintergrund der Tatverdächtigen. Als Argument dient hierzu die Ziffer 12.1 des so genannten „[Pressekodex](#)„. Dort heißt es:

„In der Berichterstattung über Straftaten ist darauf zu

achten, dass die Erwähnung der Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten nicht zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens führt. Die Zugehörigkeit soll in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“

Jetzt stellt sich die Frage, ob das tatsächlich Vorurteile sind. Der Autor meint: Nein, es sind keine!

Alleine schon die Tatsache, dass es sich bei einem Großteil der Zuwanderer um junge Männer mit niedriger Bildung aus gewaltaffinen und frauenfeindlichen Kulturkreisen handelt, die hier der sozialen Unterschicht zuzurechnen sind, bedingt aus kriminologischer Sicht eine deutlich höheren Inzidenz bei schweren Straftaten. Es ist halt nun mal so, dass ein 20-jähriger, männlicher Analphabet aus armen Verhältnissen eher schwerkriminell wird, als eine 65-jährige Unternehmerswitwe mit Hochschulstudium. Inwieweit der ethnische Hintergrund dazu noch eine Rolle spielt, soll hier nicht weiter diskutiert werden.

Für die richtige Entscheidung muss der Wähler die Wahrheit kennen

Seitens der Eliten in unserem Land wird alles versucht, die Auswirkungen der verheerendsten Fehlentscheidung, die von bundesdeutschen Politikern jemals getroffen wurde, zu vertuschen. Das Staatsvolk darf nicht wissen, dass massenhaft Menschen ins Land gelassen wurden und immer noch werden, die alleine schon aufgrund ihres Geschlechts, ihres Alters und ihrer sozialen Herkunft deutlich häufiger zu schweren Gewaltverbrechen neigen als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Wäre diese Tatsache allgemein bekannt, würde sie die

Wahlentscheidung der Bürger zugunsten von Parteien, die der gegenwärtigen Migrations- und Flüchtlingspolitik kritisch gegenüberstehen, entscheidend beeinflussen. Mit anderen Worten: Die AfD würde massiv an Stimmen gewinnen, oder die etablierten Parteien müssten eine 180°-Wende in der Zuwanderungspolitik vollziehen.

Um das zu verhindern, wurde die Ziffer 12.1 des Pressekodex geschaffen, der zusammen mit einigen anderen faulen Ausreden, auf die am Schluß dieses Artikels noch eingegangen wird, die Wahrheit vor dem Wahlvolk verbirgt.

Die Pressesprecher der Polizei



Zunächst einmal ist es wichtig zu wissen, dass sich die Polizei – vornehm ausgedrückt – nicht gänzlich der Einflussnahme durch die Politik entziehen kann. Das gilt vor allem auch für die Pressearbeit der Ordnungshüter im Zusammenhang mit Straftaten, die von Personen mit Migrations- oder Fluchthintergrund begangen wurden.

Aus dieser Situation heraus ergeben sich deshalb regelmäßig harte Diskussionen, die der Autor in seiner Eigenschaft als Journalist mit den Pressesprechern der Polizei führt. Bei besonders widerlichen oder Aufsehen erregenden Straftaten erkundigt sich der Verfasser grundsätzlich nach dem ethnischen Hintergrund des oder der Tatverdächtigen, wenn diese Information in der polizeilichen Pressemitteilung „vergessen“

wurde, was häufig der Fall ist.

Der Frage „Hat der Tatverdächtige einen Migrationshintergrund?“ begegnen die für die Pressearbeit zuständigen Beamten meist sehr reserviert. Es ist beinahe so, als hätte man etwas Unkeusches gefragt.

Je nach Einstellung reagiert der Beamte entweder sachlich oder ungehalten. Es gibt ein gewisses Muster, nach dem solche Unterhaltungen ablaufen:

Als erstes lässt der Pressesprecher in der Regel den unbotmäßigen Fragesteller wissen, dass diese Information für die Berichterstattung nicht wichtig sei.

Dieses Argument lässt sich leicht entkräften: Der Bürger braucht in einer Demokratie für seine Wahlentscheidung korrekte und vollständige Informationen über die Vorgänge in dem Land, in dem er lebt. Und wenn sich erweisen sollte, dass unter den Menschen mit Migrationshintergrund (also Zuwanderer UND Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft, aber ausländischen Wurzeln) überproportional viele Straftäter sind, muss der Bürger das wissen, um an der Wahlurne einen Politikwechsel herbeiführen zu können. Aber das erfährt er natürlich nicht von der Lückenpresse, die ihre ebenso lückenhaften Informationen wiederum von den Pressestellen der Polizei bezieht.

Da liegt also der Hund begraben und es bedarf dann eines penetranten Journalisten, der ihn ausbuddelt. Deshalb bohrt der Autor auch dann noch nach, wenn der Pressesprecher mitteilt, dass es sich bei dem Tatverdächtigen um einen Deutschen handelt. Die Hoffnung des Beamten, den lästigen Anrufer damit abgewimmelt zu haben, erweist sich allerdings als verfrüht. Was den Pressekodex betrifft, ist der Autor nämlich auf einem Kreuzzug. Deshalb wird weiter gefragt: „Hat der tatverdächtige Deutsche einen Migrationshintergrund?“

Regelmäßig lautet dann die Erwiderung: „Für uns ist ein

Deutscher ein Deutscher“.

Gegenfrage: „Sagen Sie das auch über die Mitglieder der kriminellen arabischen Familienclans, von denen auch viele die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen?“

Ratloses Schweigen.

Gelegentlich kommt dann von unwissenden Beamten der Einwand, dass die meisten Menschen einen Migrationshintergrund haben, wenn man nur weit genug zurückgeht und überhaupt, wo will man denn da die Grenze ziehen?

Ganz einfach: Für den Begriff „Migrationshintergrund“ gibt es eine ganz klare Definition vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF):

Eine Person hat dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist.

Auch das musste der Autor einem Pressesprecher schon einmal mitteilen, der es nicht wusste.

Aber auch der Verfasser dieses Beitrags lernt mit jedem Gespräch dazu. Der Pressesprecher der Polizeidirektion Oberbayern Nord verneinte vor einigen Tagen die Frage nach einem möglichen Migrationshintergrund bei jenen Schülern, die versuchten, die Polizeiwache Starnberg zu stürmen ([PI NEWS berichtete](#)). Dass jedoch Samuel S. der jugendliche Randalierer, der von den Schülern aus dem Polizeigewahrsam befreit werden sollte, wohl einen Migrationshintergrund haben dürfte, worauf seine schwarze Hautfarbe hindeutet, das vergaß der Beamte zu erwähnen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Weitere Ausreden



Gerne wird auch der Opferschutz vorgeschoben, wenn Minderjährige das Opfer von Straftaten wurden. Weshalb die Bekanntgabe eines möglichen Migrations- oder Flüchtlingshintergrundes des Tatverdächtigen das minderjährige Opfer einer Straftat beeinträchtigen soll, bleibt das Geheimnis der polizeilichen Pressestellen.

Zudem hat der Autor wenig Verständnis, wenn zum angeblichen Schutz der Identität minderjähriger Tatverdächtiger ebenfalls deren ethnischer Hintergrund verschwiegen wird. Sehr häufig hält dieses Argument einer logischen Betrachtung nicht stand.

Kein weiter so!

Unser Land ist jetzt dort, wo es ist, weil mit der Ziffer 12.1 des Pressekodex systematisch und flächendeckend Ausländer- und Migrantenkriminalität vor der Öffentlichkeit verborgen wurde und immer noch wird. Und jetzt sind die Zustände unerträglich geworden! Schwimmbäder [werden zu no-go-areas](#) für Deutsche und [Spezialkräfte der Polizei fliehen](#) vor einem aggressiven Migranten-Mob.

Eine fehlinformierte Bevölkerung kann keine Wahlentscheidung treffen, die solche Fehlentwicklungen korrigiert. Den Pressekodex aufrecht zu erhalten heißt, die Zustände in unserem Land noch weiter zu zementieren. Das wird der Autor nicht mitmachen. Die Pressestellen der Polizei müssen sich in solchen Fällen auf penetrante Nachfragen einstellen und der Verfasser dieses Artikels fordert die anderen Journalisten auf, es ihm gleich zu tun. Die guten Argumente sind allesamt auf unserer Seite. Das zeigen regelmäßig die Diskussionen mit den Pressesprechern, die der Autor hier nicht angreifen will,

da sie auch nur ihre Vorgaben befolgen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Curio: 75 Prozent der „geflüchteten Fachkräfte“ ohne Berufsausbildung

Es wird als geschichtliche Lüge in die Chroniken eingehen, dass mit der Migrationskrise ab 2015 Fachkräfte – immer mit dem phrasenhaften Zusatz „händeringend gebrauchte“ und „dringend gesuchte“ – gekommen seien.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: 13% haben nie eine Schule besucht, 12% nur eine Grundschule, über 75% haben keine Berufsausbildung.

Das schlägt sich in den Statistiken zur Arbeitslosigkeit nieder: Jeder zweite Arbeitslose hat mittlerweile ausländische Wurzeln, noch mehr sind es bei den Aufstockern.

Im Jahre 2018 hat allein der Bund 23 Milliarden Euro für Asyl- und Flüchtlingspolitik ausgegeben, was nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten deckt, da die konkrete Versorgung hauptsächlich bei Ländern und Kommunen vor Ort anfällt.

Doch damit nicht genug: nach wie vor wird Illegalität sogar aktiv gefördert. Neuerdings erhalten sog. „Papierlose“ (Identitätsbetrüger und -verweigerer) etwa in Berlin anonyme Krankenscheine, mit welchen sie jederzeit zu einem Arzt ihrer Wahl gehen zu können, der sie dann behandeln muss.

Die Rechnung zahlt: der Bürger!

(Teil 5 von 5 – Die gesamte Rede von [Dr. Gottfried Curio](#) beim Bürgerdialog in Leverkusen über illegale Migration, den Verlust der inneren Sicherheit, steigende Islamisierung und fortschreitende Entheimatung können [Sie hier sehen](#).)



Italien: „Seenot-Schleppern“ droht bis zu einer Million Euro Strafe

In Italien drohen nicht nur den deutschen Schlepper-NGOs künftig Strafen in Höhe bis zu einer Million Euro, wenn sie mit ihren mit afrikanischen Armutsmigranten vollbeladenen

Schiffen in italienische Hoheitsgewässer einfahren. Auch die betreffenden Schiffe zu konfiszieren, soll erheblich erleichtert werden. Am Donnerstag gab die italienische Abgeordnetenkammer mit großer Mehrheit grünes Licht für einen entsprechenden Gesetzesentwurf: 322 Abgeordnete stimmten dafür, lediglich 90 dagegen. Italiens Vizepräsident und Innenminister Matteo Salvini (46, Lega) zeigte sich äußerst erfreut, dass seine Initiative einen derart großen Rückhalt erfahren habe!



Buchtipps: „Sicherheitsrisiko Islam“ – die Lektüre für den Sommer

Der Ex-Polizeibeamte und mehrfache Spiegel-Bestsellerautor Stefan Schubert hat pünktlich zum Start in die Ferien erneut ein hochbrisantes Enthüllungswerk herausgebracht. Schon der Titel [„Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht“](#) lässt vermuten, dass sein Buch auch dieses Mal für ordentlich Wirbel sorgen dürfte.

Sein vor rund einem Jahr vorgelegtes Enthüllungsbuch »[Die](#)

[Destabilisierung Deutschlands](#)« sorgte kurz nach Veröffentlichung wegen des hochbrisanten Inhalts für großes Interesse bei den Lesern und landete bereits eine Woche nach Veröffentlichung – trotz des extrem breit angelegten [Medien- und Buchhandelsboykotts](#) – in der [Spiegel-Bestsellerliste](#).

Sein daraufhin veröffentlichtes Enthüllungswerk »[Anis Amri und die Bundesregierung: Was Insider über den Terroranschlag vom Breitscheidplatz wissen](#)« war ebenso brisant und zu dieser Thematik laufen noch immer Parlamentarische Untersuchungsausschüsse.

PI-NEWS wurde der Inhalt des neuen Buches bereits vor Drucklegung zur Verfügung gestellt. Überzeugt von dem neuen Ansatz der Islamkritik und der wiederum investigativen Leistung des Autors hat die Redaktion beschlossen, auch dieses Buch mit Hilfe einer breiten Kampagne zu unterstützen.

Die hohe Aktualität ist ein weiteres, starkes Plus des Werkes, wie etwa bei dem Komplex der Gewaltexzesse durch Migrantenbanden in deutschen Freibädern und auf Stadtfesten. So belegt Schubert klar die Kausalität der islamischen Sozialisation der Täter und zeichnet das Bild eines „molekularen Bürgerkrieges“ durch muslimische Einwanderer gegen Einheimische, der in immer kürzeren Abständen offen ausbricht.

Welche Brisanz das Buch darüber hinaus birgt, belegt der folgende [Verlagstext](#):

„Dieses Buch stellt die Islamkritik auf ein gänzlich neues Fundament. Dazu hat der Bestsellerautor und Sicherheitsexperte Fakten in einer Fülle zusammengetragen, die Sie so noch nicht gesehen haben. Es ist eine erschreckende Chronologie über die Ausbreitung der Kriminalität, der Gewalt und des Terrors durch den Islam in Europa. Stefan Schubert zeichnet ein detailliertes Bild der aktuellen Sicherheitslage und überzeugt durch seine akribische Recherchearbeit. Diese ist durch rund

600 Quellen, Statistiken und Studien für jedermann selbst nachprüfbar. Ein Teil der Hintergrundinformationen stammt direkt aus dem Bundesinnenministerium und dem Bundeskriminalamt.

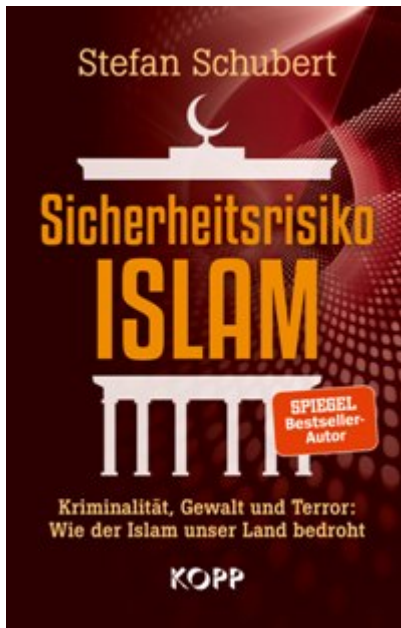
Die muslimischen Migranten begehen Straftaten in einem nie da gewesenen Ausmaß. Wer dies anprangert, wird vom linken Mainstream diffamiert, in die rechte Ecke gestellt und oft beruflich ruiniert.

Erstmals und exklusiv enthüllt Stefan Schubert, dass

- laut Statistiken des BKA überwiegend muslimische Flüchtlinge eine Verbrechenswelle von über 1 Million Straftaten in nur 4 Jahren allein in Deutschland verübt haben.
- der Generalbundesanwalt 2013 lediglich 70 Terrorverfahren einleitete, 2018 die Anzahl der Terrorverfahren mit 1300 jedoch einen neuen Rekordwert erreichte.

Wussten Sie zum Beispiel, dass

- eine alarmierende Vermischung des kriminellen Migrantenmilieus mit islamischen Terroristen stattfindet?
- der Verfassungsschutz islamistische Organisationen nicht konsequent überwachen kann, weil die Politik einen stärkeren Fokus auf die AfD fordert?
- Bundeskanzlerin Angela Merkel die nationalistisch-islamistischen Grauen Wölfe hofiert?
- die Bundesregierung mit muslimischen Antisemiten kooperiert?
- Tausende, größtenteils muslimische Kriegsverbrecher in Deutschland als Flüchtlinge eingewandert sind?
- durch gezielte Desinformationskampagnen von Politik und Medien jegliche Islamdebatte verhindert wird?



- *die kriminellen Araberclans wie eine muslimische Mafia in Deutschland auftreten?*
- *sich kriegserfahrene Männer aus Syrien und dem Irak in Deutschland längst zu kriminellen Clans zusammengeschlossen haben und in der Organisierten Kriminalität aktiv sind?*
- *eine gezielte Unterwanderung der Sicherheitsbehörden von Islamisten und Araberclans betrieben wird?*
- *das Innenministerium in Geheimpapieren vor schweren Unruhen warnt?*
- *Beobachter von einem »molekularen Bürgerkrieg« gegen die einheimische Bevölkerung durch muslimische Zuwanderer sprechen?*

„Sicherheitsrisiko Islam‘ ist eine fesselnde Lektüre für all jene, die den Mut haben, quer zum Mainstream zu denken und sich von diesem eine freie und unabhängige Meinungsbildung nicht verbieten zu lassen.“

Lesen Sie dieses Buch und sprechen Sie mit Ihren Freunden, Bekannten und Kollegen über den Inhalt. Nur so können wir das Kartell der Beschwichtiger, Verharmloser und Schönredner sowie die Schweigespirale zu den wahren Zielen des „politischen Islams“ durchbrechen.

[Bestellinformationen zum Buchtipp:](#)

» Stefan Schubert – „Sicherheitsrisiko Islam“, 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier bestellen!](#)



Dr. Gottfried Curio: Deutschland, Spitzenreiter bei illegaler Einwanderung

Deutschland hat im siebten Jahr infolge mehr Menschen Asyl gewährt als jedes andere Land Europas, weltweit leben hier die meisten anerkannten Flüchtlinge.

Trotzdem scheint bei der illegalen Migration das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht: EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen etwa fordert nun, dass noch mehr Migranten aus den Mittelmeerländern nach Deutschland umverteilt werden sollen.

Das kommt den migrationswilligen Arabern und Afrikanern natürlich sehr gelegen: Denn über 50% der jungen Menschen im arabischen Raum wollen auswandern, Millionen warten in syrischen Lagern auf ihre Umsiedlung. Traumziel: Deutschland.

Hier werden unterdessen täglich 500 neue Migranten registriert, von denen ein Drittel bequem mit dem Flugzeug

einreist. Und um auch die Reise über den Landweg nach Deutschland noch angenehmer zu gestalten, gibt die UN und die EU anonyme EC-Karten an diverse Flüchtlinge aus, welche monatlich mit 500€ aufgeladen werden. Einmal in Deutschland, können fast alle bleiben.

Bamf-Chef Sommer beklagt, dass Deutschland jährlich eine mittlere Großstadt an Flüchtlingen aufnimmt. Die Schutzquote liegt zwar nur bei rund 30%, aber die Asylsuchenden klagen mit Hilfe der Asyllobby gegen abweisende Bescheide. Verwaltungsrichter resignieren: Da negative Entscheide ohne Konsequenzen bleiben, arbeite man de facto für den Papierkorb.



Aber statt dass die Regierung ihre verheerende Politik erkennt und das Ruder herumreißt, betreibt sie Bevölkerungstäuschung und will bei der Berechnungsweise der Asylbewerber tricksen:

hier geborene Kinder von Asylbewerber (welche vergangenes Jahr circa 20% der Asylbewerber ausmachten) sollen rausgerechnet werden.

Das ist so, als wenn der Kapitän, der den Eisberg vor Augen hat, auf den er zusteuert, den Passagieren zuruft, sie sollen nicht beunruhigt sein, sie können ja einfach in die entgegengesetzte Richtung schauen.

(Teil 2 von 5 – Die gesamte Rede von [Dr. Gottfried Curio](#) beim Bürgerdialog in Leverkusen über illegale Migration, den Verlust der inneren Sicherheit, steigende Islamisierung und

fortschreitende Entheimatung können [Sie hier sehen.](#))



Heer von gewalttätigen Migranten schlägt Sondereinsatzkräfte in die Flucht

Von EUGEN PRINZ | Das 35.000 Einwohner Städtchen Saarlouis liegt – wie der Name schon andeutet – im Saarland, nur etwas mehr als 10 Kilometer von der französischen Grenze entfernt. Chef im Rathaus ist Oberbürgermeister Demmer von der SPD. Trotz der Zugehörigkeit zu dieser Partei ist er im Gegensatz zu manchem Amtskollegen weit davon entfernt, Saarlouis zum „Sicheren Hafen für Flüchtlinge“ zu erklären und auf noch mehr von dieser Sorte zu hoffen.

Sicherer Hafen für Einheimische wäre gefragt

Der Grund: Er wäre froh, wenn Saarlouis ein sicherer Hafen für die alteingesessenen Bürger dieser Stadt wäre, denen mittlerweile die Zuwanderer das Leben zur Hölle machen. Wie in [vielen deutschen Schwimmbädern](#), terrorisieren auch im Freibad Steinrausch in Saarlouis an heißen Wochenenden ganze Horden jugendlicher Migranten die Badegäste.

Doch nicht nur die Abkühlung im kalten Nass wird für die Bürger zu einem riskanten Freizeitvergnügen, sondern jetzt auch die „Emmes“, ein seit 1967 regelmäßig stattfindendes Volksfest zum Abschluß der „Saarlouiser Woche.“

Die Zustände sind so gravierend, dass der SPD Oberbürgermeister einen Brandbrief an den Innenminister des Saarlandes, Klaus Bouillon (CDU), schrieb und eine schnelle und unbürokratische Aufstockung der Polizei forderte, „damit wir auch noch in Jahren Herr der Lage in unseren Städten und Gemeinden sind“.

Diese Formulierung ist jedoch nicht ganz korrekt, denn die Polizei ist – selbst nach eigenem Bekunden – schon jetzt nicht mehr Herr der Lage.

Demmer in dem Schreiben:

„Schmerzliche Erfahrungen mussten wir an unserem größten Fest, der Emmes, in diesem Jahr machen. In der angrenzenden Altstadt kam es in den frühen Morgenstunden der Festtage immer wieder zu massiven Problemen mit Jugendbanden, die allesamt Migrationshintergrund haben. In einem Fall musste die Polizei den ‚geordneten Rückzug‘ antreten, da das polizeiliche Gegenüber derart in der Überzahl war, dass die Unversehrtheit der Beamtinnen und Beamten gefährdet war. Und das, obwohl die eingesetzten Kräfte Angehörige der Operativen Einheit (OpE) waren. Was dies auf die Bürgerinnen und Bürger, die das Ganze mitbekommen haben, für einen Eindruck macht, braucht nicht extra erwähnt zu werden.“

Nicht einmal Spezialeinheiten der Polizei sind der Lage gewachsen

Halten wir fest: Selbst Sondereinheiten der Polizei, die für speziell für solche Lagen geschaffen wurden und für den Straßenkampf sowohl ausgebildet, als auch entsprechend ausgerüstet sind, mussten vor der zahlenmäßigen Überlegenheit

und Brutalität des polizeilichen Gegenübers die Flucht ergreifen, pardon, den „geordneten Rückzug antreten“.

Oberbürgermeister Demmer kann gut beurteilen, was das bedeutet, denn er war selbst 39 Jahre Polizeibeamter. Zitat:

„Wenn dann noch ehemalige Kolleginnen und Kollegen die Gewährleistung der Sicherheit in der Stadt in Frage stellen, gehen bei mir alle Alarmglocken an.“

In dem Schreiben heißt es weiter:

„Viele Beschwerden aus den Reihen der Gewerbetreibenden in der Stadt hinsichtlich dieser Jugendbanden, eine gefühlte Zunahme von schweren Straftaten im Bereich Zentraler Busbahnhof und Hauptbahnhof, runden das negative Bild ab. Von den Problemen, die wir hier im Kreis bei Sommerwetter in unseren Freibädern mit französischen Jugendlichen haben, will ich erst gar nicht berichten.“

Es hat sich also bei den jungen Migranten im benachbarten Frankreich auch schon rumgesprochen, dass man in la-la-Deutschland ungestraft auf den Putz hauen kann. Und so kommen nun auch noch schutzbedürftige Krawalltouristen aus dem Nachbarland nach Saarlouis.



Der Oberbürgermeister prangert in seinem Schreiben noch die Schließung der Polizei-Dienststellen Dillingen und Bous zur Nachtzeit und an den Wochenenden an, durch die sich die Sicherheitslage auch in Saarlouis dramatisch geändert hätte. Die angedachte Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei einigen im Ruhestandsalter befindlichen Beamten sei auch keine Lösung, da diese alle über 60 Jahre alt sind und mit Sicherheit nicht

mehr zur Nachtzeit vor Ort bei massiven Störungen eingesetzt werden können.

Demmer ist überzeugt davon, dass er OB von Saarlouis „nicht alleine mit diesen Problemen“ ist. „Ich werde diese Problematik auch in der Bürgermeister-Kreisrunde thematisieren“, kündigte er in dem Brief an. Die Details zu dem Schreiben an den Innenminister können Sie [hier](#) nachlesen.

Heute Saarlouis, morgen die ganze Republik

„Die Zukunft ist schon da, sie ist nur ungleich verteilt.“

Dieses Wort des Science-Fiction-Autors William Gibson soll uns als Mahnung dienen, jetzt schleunigst die Notbremse zu ziehen und umzusteuern.

Es kann davon ausgegangen werden, dass seit 2015 annähernd 2 Millionen Zuwanderer ins Land gekommen sind. Knapp 70% davon – ein paar Prozent hin oder her – sind Männer im besten wehrfähigen Alter aus einem gewaltaffinen Kulturkreis. In absoluten Zahlen also 1.4 Millionen. Selbstverständlich sind die meisten davon unter normalen Umständen keine gewaltbereiten Randalierer. Aber was ist, wenn sich die Umstände ändern? Wenn der Staat die Rundumversorgung nicht mehr leisten kann und Massenarbeitslosigkeit herrscht?

Reaktion des Staates: Noch mehr Flüchtlinge rein

Wie das Beispiel Saarlouis zeigt, wurde das Gewaltmonopol des Staates in manchen Gegenden unseres Landes durch die Zuwanderer bereits ausgehebelt: Dort kann die Polizei die Bürger nicht mehr schützen. Und die Reaktion des Staates darauf: Noch mehr „Flüchtlinge“ ins Land lassen und ins Land holen, damit sich das Problem noch weiter verschärft. Unfassbar!

Vielleicht sollten sich die Verantwortlichen folgender Tatsache bewusst werden: Die Bundeswehr hat nur etwas über

180.000 schlecht ausgerüstete Soldaten. Sollte der schlimmste Fall eintreten, sieht das Zahlenverhältnis gar nicht gut für uns aus. Und es wird mit jedem Jahr schlechter.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Trump rettet A\$AP

Von ARENT | Man kann über Trump sagen, was man will, aber medienpolitisch ist er wirklich ein halbes Genie. Jetzt setzt er sich für den schwarzen Rapper A\$AP [ein](#), der in Schweden mit illegalen Einwanderern aneinandergeraten ist und deshalb in Untersuchungshaft sitzt.

Für A\$AP haben nicht nur Kim Kardashian, Justin Bieber und Kanye West Unterstützung [gesucht](#), es gibt sogar bereits eine [Petition](#), die 600.000 Leute unterzeichnet haben.

Dabei gibt es auch ein [interessantes Video](#), dass noch vor der Tat aufgenommen wurde. Es zeigt die „jungen Männer“, die ihm nicht nur 4 Blocks hinterhergelaufen sind, sondern ganz nebenbei auch noch mehrere Frauen sexuell belästigt haben.

Der öffentliche Impact ist natürlich klar:

Trump verteidigt einen Schwarzen, setzt sich gegen Islamisten, Frauenfeinde und illegale Einwanderer ein. Währenddessen muss sich Ilhan Omar wegen ihren verharmlosenden Äußerungen zu 9/11 rechtfertigen. Und Trump wirft ihr lautstark Antiamerikanismus, Antisemitismus und Rassismus vor.

Am Ende könnten die Demokaten wie begossene Pudel dastehen. Trump grinst neben A\$AP in die Kameras, die Demokraten müssen sich für den Antiamerikanismus und Antisemitismus ihrer Mitglieder entschuldigen.

Trump, der große Antirassist, die Linken als böse Amerika-Hasser. Und das Beste daran: Er hat völlig Recht damit.



„Kirchenasyl“: Bayerischer Pfarrer erhält Strafbefehl

Bekanntermaßen halten sich gerade in der Flüchtlingsfrage viele Pfarrer für die Reinkarnation des Guten schlechthin und leiten daraus göttliches Recht ab, so wie früher absolute Monarchen. Dabei hatte unser Heiland niemals gelehrt, dass die Feindesliebe das Arbeiten für Barbaren einschließt und deren lebenslange Unterhaltung und Bespaßung vom kostenlosen Fahrrad über islamische Halal-Kost bis hin zu hübschen (und gehorsamen) Mädchen.

Deshalb hat der Versuch des deutschen Rest-Staates, ein so genanntes „Kirchenasyl“ in Bayern zu bestrafen, Empörung bei Roten und Grünen und ihrer Vereinskirche ausgelöst. Der [FOCUS](#) berichtet von dem Vorgang:

Ein evangelischer Pfarrer aus Immenstadt hat zum ersten Mal in Bayern einen Strafbefehl erhalten. Der Grund: Er gewährte einem afghanischen Flüchtling Asyl. Nun wird ihm „Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt“ vorgeworfen. [...] Wie der BR berichtete, soll der Pfarrer nun eine Strafe von 4.000 Euro zahlen. Er hatte zuvor einem Migrant über ein Jahr Schutz in seiner Kirche gewährt. Erst vergangene Woche habe der bayerische Landtag einen sechsmonatigen Abschiebestopp für den 22-Jährigen beschlossen wie der „BR“ berichtet. Danach habe der Afghane das Kirchenasyl verlassen.

Dies kann natürlich nicht unwidersprochen bleiben, wenn rotes oder grünes moralisches Recht tangiert wird, welches grundsätzlich über dem gesetzten Recht steht. Dieses kann von Grünen überstimmt werden, wenn sie sich in der entsprechenden Machtposition befinden. So konnte zum Beispiel eine Claudia Roth kraft ihres Amtes als Bundestagsvize festlegen, dass ca. 100 Abgeordnete über die Hälfte des Parlaments von 709 Abgeordneten ausmachen. Niemandem fiel es auf, niemanden störte es, außer die AfD.

Grünes Recht bricht Bundesrecht

Es nimmt unter solchen Umständen nicht Wunder, dass Grüne darauf bestehen, dass ihre Rechtsauffassungen noch vor dem niedergeschriebenen Recht gelten und also die Exekutive nur das umsetzt und verfolgt, was grünes moralisches Recht auch erlaubt. Entsprechend die Grüne Reaktion auf die bayerische Rechtsbefolgung bestehender Gesetze, die als „rechtliche Probleme “ undefiniert werden:

Die Grünen sprachen sich gegen eine Bestrafung des Pfarrers aus. Die Partei sehe das Kirchenasyl als einen Schutzraum für Hilfesuchende in Not und sehe daher von rechtlichen Problemen ab.

Auch rotes Recht bricht Bundesrecht

Die Reaktion der SPD fällt ganz ähnlich aus, da sich die Partei als Sammlung edler Herrenmenschen begreift, denen man mit offenem Mund blind vertrauen und folgen soll. Für die SPD ist das „Kirchenasyl“ ein „Graubereich“ und die Anwendung des geltenden Rechtes sei eine „Drohgebärde“ des Staates:

Ähnlich äußerte sich auch die SPD: Zwar wolle man nicht verschweigen, dass es sich beim Kirchenasyl um einen rechtlichen Graubereich handle. Dennoch bezeichnete die SPD-Landtagsabgeordnete Alexandra Hiersemann die

Ermittlungsverfahren gegen den Pfarrer als „Drohgebärde“.

Windfried Bausback, ein Landtagsabgeordneter der CSU, versucht sich zwischen Grünen und dem Gesetz zu positionieren. Er sieht und versteht, dass „strafrechtliche Ermittlungen im Hinblick auf das Kirchenasyl große Betroffenheit auslöse.“ Großzügig räumte er aber ein, dass die Grundbedingung für das Funktionieren eines Rechtsstaates die Beachtung der Rechte und Gesetze sei. Die AfD ist für die Einhaltung von Recht und Gesetz.

Sollte eine Regelverschärfung nicht am Einspruch von Roten und Grünen scheitern, könnte sich das Problem auch von selbst lösen. Nunmehr sind „Kirchenasyflüchtlinge“ verpflichtet, bis zu 18 Monate lang im Kirchenasyl zu verweilen, bevor die Bundesrepublik das Asylverfahren übernehmen kann. Fassbomben hin oder her, das ist vielen dann doch zu lange, obwohl eine Kirche bequemer ist als jede Gefängniszelle. Bislang belief sich die Zeitspanne lediglich auf sechs Monate. Seit sie auf 18 Monate erhöht wurde, ist die Zahl der Kirchenasyle deutschlandweit zurückgegangen.



Die deutsche Außengrenze wird

künftig am Platz der Republik geschützt

Von EUGEN PRINZ | Die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel weigert sich bis heute, die deutsche Außengrenze effektiv zu schützen. Die Folge: Wir haben hundertausende von Fremden im Land, von denen wir nicht genau wissen, wer sie sind, woher sie kommen und was sie im Schilde führen. Es scheint der Bundesregierung egal zu sein, dass viele von ihnen eine latente Gefahr für die Bevölkerung darstellen. Nicht egal ist den Regierenden jedoch, dass da womöglich auch eine Gefahr für sie ins Land gelassen wurde. Daher wird die deutsche Außengrenze demnächst auf das Gelände um den Berliner Reichstag zurückverlegt und dort intensiv geschützt.

DDR-Grenzsicherungsanlage als Vorbild

Einem Beschluß der zuständigen Kommission des Ältestenrates im Bundestag zufolge soll das Reichstagsgebäude in Berlin künftig von einem zweieinhalb Meter tiefen und zehn Meter breiten [Graben](#) quer durch den Platz der Republik geschützt werden. Desweiteren ist geplant, mit einem Sicherheitszaun das Westportal des Bundestagsgebäudes abzuschirmen.

Die Baumaßnahme soll zusammen mit dem Bau des Besucher- und Informationszentrums des Bundestags durchgeführt werden. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, künftig jeden Besucher zu kontrollieren.

Dass es mit dem Geschichtsbewusstsein der mit der Planung der „Anlage“ beauftragten Leute nicht allzu weit her ist, zeigt die Ausgestaltung der künftigen „Festung Reichstag“.

Dem Vernehmen nach entspricht die Konzeption des Grabens der Grenzsicherungsanlage der DDR zur Bundesrepublik und zu West-Berlin. Das sieht dann so aus:

Aha-Graben



Ein Aha-Graben ist aus der Ferne nicht zu sehen, weil er unter dem Geländeniveau liegt. Auf der einen Seite führt eine Böschung hinab, auf der anderen Seite ragt eine Wand wie eine Mauer empor, die nicht zu überwinden ist.

Die AfD sagt, wie es ist



„Daß der Bundestag sich jetzt mit einem zehn Meter breiten Graben und 2,50 Meter hohen Zäunen auf dem Platz der Republik geradezu einbunkern will, ist unerträglich.“

Das Parlament zeigt, dass es sich vor den Folgen der eigenen Politik fürchtet, die durch unkontrollierte Masseneinwanderung Gewalt und Terror nach Deutschland gebracht hat“, teilte der stellvertretende Bundesvorsitzende der AfD, Georg Pazderski, am Freitag mit.

Wer würde ihm da widersprechen wollen?

Grenzschutz wird an den Reichstag verlegt

Weil bis heute die deutsche Außengrenze nicht geschützt wird, muss also der Grenzschutz an den Reichstag verlegt werden. Das dumme Wahlvolk darf die Folgen der unkontrollierten Zuwanderung ruhig ausbaden, aber die Damen und Herren Abgeordneten, insbesondere der CDU und FDP als vehemente Befürworter der Maßnahmen, wollen sich dem nicht aussetzen.

Der Bundestagsabgeordnete und Berliner CDU-Parteichef Kai Wegner bringt es auf den Punkt: Es seien „neuere Entwicklungen in der Sicherheitslage“ zu berücksichtigen.



Genießen wir den Blick auf den Reichstag ohne Graben und Sicherheitszaun, solange wir das noch können.

Interessant. Wie ist diese Sicherheitslage, die eine

Befestigung des Reichstags nach dem Vorbild der DDR-Grenzsicherung notwendig macht, denn zustande gekommen? Beruht sie vielleicht auf jener Entwicklung, vor der die Zuwanderungskritiker schon immer gewarnt haben und deshalb jetzt als „rechte Hetzer“ diffamiert werden?

Oder soll die „Festung Reichstag“ noch einen anderen Zweck erfüllen? Haben die Regierenden vielleicht neuerdings vor ihrem Staatsvolk Angst? Treibt sie das schlechte Gewissen um? Erwarten sie im Falle einer Rezession, die dazu führen wird, dass die Bürger erstmals mit voller Wucht die wahren Folgen der Flüchtlingskrise zu spüren bekommen, „unangenehme Begleiterscheinungen“?

Was auch immer dazu geführt hat, dass man den Reichstag in eine Festung verwandeln muss, Schuld daran ist die Bundesregierung. Und auch hier bezahlt – im doppelten Sinn des Wortes – wieder das Volk dafür. Wer eine solche Regierung hat, braucht keine Feinde von außen mehr.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich,

entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Wer steckt hinter NGOs und Schleuserbanden?

Von MANFRED ROUHS | Die Zahl der Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten, die ein besseres Leben in Europa suchen, ist im Sommer 2019 nicht größer als im Vorjahr. Insofern ist es zwar richtig, von einem kontinuierlichen Zustrom vieler hunderttausend Menschen jährlich zu sprechen, nicht aber von einer massiven Flüchtlingswelle.

Verändert hat sich die Präsenz der Flüchtlingsproblematik in der Öffentlichkeit. Dafür sind neben den Entscheidern im Medienbetrieb verschiedene Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verantwortlich, die im kombinierten Einsatz von Schiffen und Aufklärungsflugzeugen vor allem junge afrikanische Männer nach Europa schleusen.

Viele dieser NGOs werden u.a. von der „Open Society Foundation“ des bekannten Milliardärs und Globalisierungsbefürworters George Soros finanziert. Sie verfügen regelmäßig über Etats von mehreren Millionen Euro jährlich.

Über einen solchen jährlichen Millionen-Etat verfügt auch „Sea Watch“, die derzeit erfolgreichste europäische Schleuserorganisation. „Sea-Watch“ wird allerdings nicht von Soros finanziert, sondern von zahlreichen Kleinspendern sowie einigen größeren Geldgebern, zu denen die Evangelische Kirche in Deutschland gehört. Dazu gesellen sich kurzfristig agierende Trittbrettfahrer wie Jan Böhmermann, von dem bislang keine Spenden direkt an „Sea-Watch“ bekannt geworden sind, der aber etliche hunderttausend Euro für rechtliche Aktivitäten zur Freilassung der „Sea-Watch“-3-Kapitänin Carola Rackete beigesteuert hat.

Gefährlich sind die Schleuseraktivitäten der NGOs mit ihren See- und Luftfahrzeugen im Mittelmeer nicht aufgrund der Zahl der insgesamt durch sie bewegten Flüchtlinge. Deren Bedeutung ist eher von symbolischer Natur. Gefährlich ist vielmehr der damit verbundene systematische Rechtsbruch, der Anreize für potentiell Millionen arme Menschen in den Entwicklungsländern schafft, ihr Heil in Europa zu suchen. Diesem Potential soll deutlich gemacht werden, dass die „Festung Europa“ nicht uneinnehmbar ist, sondern geknackt werden kann.



Als Kollateralschaden dieser Strategie ertrinken immer wieder Menschen im Mittelmeer, die nicht rechtzeitig von den Aufklärungsflugzeugen der NGOs entdeckt werden.

Falls die NGOs mit diesem zynischen Vorgehen Erfolg haben sollten, könnte Europa doch noch eine große Fluchtbewegung bevorstehen. Für deren menschliche, politische und wirtschaftliche Folgen würde dann allerdings weder George

Soros geradestehen, noch die Evangelische Kirche in Deutschland – ganz zu schweigen von Herrn Böhmermann. Diese Folgen hätten wir alle zu tragen, ungefragt.



Spanien: Rund 200 Afrikaner stürmen Grenzzaun zu Melilla

Von CHEVROLET | Sommerzeit ist Reisezeit. Während sich Deutsche und Urlauber aus anderen Ländern an Spaniens Stränden tummeln, ist auch eine ganz andere Gruppe von „Reisenden“ wieder sehr aktiv. Die Goldstücke, Migranten oder „Flüchtlinge“, die im spanischen Bereich insbesondere aus Afrika kommen.

Während es auf der hochfrequentierten zentralen Mittelmeer-Route zwischen Libyen und Italien etwas ruhiger wird, immerhin liegt die „[Alan Kurdi](#)“ von Sea Eye aktuell im Hafen von Palma de Mallorca und die [Sea Watch 3](#) an der Kette in Sizilien im Hafen von Licata, da ja Italiens beliebter Innenminister dem Schleusertreiben auf dem Mittelmeer ein Ende setzen will.

Also müssen sich die afrikanischen Schatzis der Zitter-Kanzlerin andere Wege suchen. Außer über das westliche Mittelmeer bleibt da nur der Weg in die spanischen Exklaven in Marokko, die Städtchen [Ceuta](#) und Melilla.

Zwar sind die Grenzen zwischen den Städten und Marokko durch

mehrere Meter hohe Zäune gesichert, aber die kräftigen jungen Afrikaner, durch die üblichen Stammesstreitigkeiten in ihren Shithole-Ländern gestählt und kampferprobt, lassen sich viel einfallen, um auf spanischen Boden zu kommen.

Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Durchbrüchen der Grenze durch die Illegalen aus Afrika ([PI-NEWS berichtete mehrfach](#)). So wieder einmal in Melilla, als 200 Schwarzafrikaner nach Spanien eindringen wollten. 50 der jungen Merkel-Liebliche gelang der Durchbruch. Einer brach sich ein Bein, und sieben Polizisten wurden verletzt. Immerhin 150 wurden nach Marokko zurückgedrängt.

Die 50 erfolgreichen Eindringlinge konnten einen Asylantrag stellen, während die spanische Polizei ihre Rückführung in die Heimatländer vorbereitete.



Die Weiterreise per Fernbus oder Billigflug nach Germany ist einfach. Nach England ist es etwas schwerer. Zwar ist der Ärmelkanal nur wenige Kilometer breit und Dovers Kreidefelsen von Calais aus in Sichtweite, doch muss man schon ein wirklich guter Schwimmer sein, um den Weg zu schaffen.

Das erlebte jetzt ein 47-jähriger Iraker, der sich angesichts des wärmeren Wassers entschloss, in normaler Badebekleidung den Weg anzutreten. Knapp fünf Kilometer vor der französischen Küste war die Schwimm-Reise zu Ende, der Mann wurde von Fischern aus dem Wasser gezogen und nach Frankreich zurückgebracht, wie [„France Bleu“](#) berichtet.



Ravensburg: Mob aus dem nahen Osten stoppt und begripscht Fahrradfahrerin

Ravensburg: Eine 19-jährige Fahrradfahrerin befuhr am Dienstagmittag gegen 12.00 Uhr den entlang der Schwanenstraße und der Bahngleise verlaufenden Fahrradweg aus Richtung Innenstadt in Richtung Bahnhof Weißenau und traf im Bereich der Haltestelle beim Berufsbildungswerk Adolf Aich auf eine Gruppe junger Männer, die sich der jungen Frau in den Weg stellten. Die Geschädigte, die auf Grund dieses Verhaltens zum Anhalten genötigt wurde, wurde von mehreren Männern aus dieser Gruppe heraus festgehalten und unsittlich berührt, bis sie sich schreiend losreißen und wegfahren konnte. Zu der Gruppe gab das Opfer bei der Kriminalpolizei zu Protokoll, dass es sich um etwa 12 Männer im Alter von 20 bis 25 Jahren gehandelt habe. Die dunkelhaarigen Männer hätten sich untereinander in einer ausländischen Sprache verständigt, die sie nicht benennen konnte. Nach der Beschreibung ist zu vermuten, dass das Herkunftsland der Männer sich im [Nahen oder Mittleren Osten](#) befindet.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Übergriffe 2015/16 in Köln bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlings“ [systematisch vertuscht](#): „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von

Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Schutzsuchende, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland 20 Prozent mehr Männer als Frauen (Stand 2016). Abgeschoben werden Merkels Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben.

Taunus: Am Donnerstagmittag wurde der Eschborner Polizei ein Fall von Exhibitionismus angezeigt, der sich am Donnerstagmorgen auf einer Parkbank in dem Sulzbacher Teil des Arboretums ereignet haben soll. Den Angaben der 41-jährigen Geschädigten folgend sei sie gegen 08:20 Uhr in der Parkanlage in Sulzbach unterwegs gewesen, als ihr ein etwa 40 Jahre alter Mann mit Baseballkappe und Sonnenbrille auffiel, der an seinem entblößten Genital spielte. Er soll ca. 1,80 Meter groß gewesen sein und dunkle Haut gehabt haben. Zudem war er mit einem schwarz, blauen Jogginganzug bekleidet.

Erfde: In Erfde ist es in den vergangenen Tagen zu zwei Vorfällen von sexueller Belästigung gekommen. Ein nackter Mann hat zwei Frauen an das Gesäß gegriffen. Beide Taten ereigneten sich im Bereich Hancobsloh/Norddischweg. Am Mittwochabend (17.07.19), zwischen 19:30 – 19:45 Uhr, wurde eine 19-jährige Joggerin auf dem Feldweg von dem Mann belästigt, der plötzlich neben ihr war und an ihr Gesäß griff. Anschließend lief er in Richtung Sportplatz weg. Am Donnerstagabend (18.07.19) wurde eine 18-jährige Radfahrerin gegen 19:00 Uhr an gleicher Stelle ebenfalls von einem nackten Mann am Hintern angefasst. Offenbar versteckte dieser sich zuvor auf dem Feld hinter Büschen. Dort begab er sich nach der Tat auch wieder hin. In beiden Fällen ähnelt sich die Beschreibung: ca. 20 – 30 Jahre

alt, ca. 170 – 175 cm groß und schlank, dunkle Haare, [dunkle Hautfarbe](#).

Wiesbaden: Versuchte gefährliche Körperverletzung Wiesbaden, Platz der Deutschen Einheit Freitag, 05.07.2019, 06:10 Uhr (dst) Zwei unbekannte Täter beobachtete ein 40 Jahre alter Zeuge dabei, wie sie am Freitagmorgen versuchten das Hosenbein eines schlafenden Mannes anzuzünden. Der schlafende Mann machte gegen 06:10 Uhr ein Nickerchen im Bereich eines Treppenaufganges am Platz der Deutschen Einheit, als zwei junge Männer versuchten ein Hosenbein des Schlafenden mittels Spraydose und Feuerzeug zu entzünden. Aufgrund der Ansprache durch den Zeugen ließen die Männer von dem Schlafenden ab und entfernten sich. Der Zeuge brachte die Tat am Freitagnachmittag beim zuständigen Polizeirevier zur Anzeige, der schlafende Mann hatte offenbar von dem Vorfall nichts mitbekommen. Die Täter beschrieb der Zeuge als Jugendliche im Alter zwischen 15 und 17 Jahren und [arabischen Aussehens](#). Zur Bekleidung der beiden Täter konnte der Zeuge angeben, dass einer der beiden einen grau-schwarzen Kapuzenpullover trug, der andere sei mit einem T-Shirt und kurzer Hose bekleidet gewesen. Der Erstgenannte hat die Tat eventuell mit einem Smartphone gefilmt. Die Ermittlungen zur Tat hat das 1. Polizeirevier aufgenommen und bittet um Hinweise unter der Rufnummer 0611/ 345-2140.

Halle: Am 18.07.2019, gegen 17:05 Uhr kontrollierten Bundespolizisten im Hauptbahnhof Halle einen [21-jährigen Äthiopier](#). Bei der Kontrolle wurde festgestellt, dass der Mann kein Aufenthaltsrecht besitzt und sich damit illegal in Deutschland aufhält. Der Mann benahm sich äußerst unkooperativ und wollte sich der polizeilichen Maßnahme entziehen, so dass er festgehalten werden musste. Er beruhigte sich nicht, riss sich los und sperrte sich, so dass er wegen Flucht- und Angriffsgefahr gefesselt werden musste. Desweiteren beleidigte er die Beamten auf sexueller Basis und mit Fäkalausdrücken. Auch in der Dienststelle der Bundespolizei benahm er sich

weiterhin verbal und körperlich sehr aggressiv, beleidigte, spuckte und trat mehrmals gegen eine Tür. Zur Unterbindung seiner Spuckattacken wurde ihm eine sogenannte Spuckhaube angelegt. Gegen 19:30 Uhr hatten sich der Mann beruhigt, so dass er die Wache der Bundespolizei verlassen konnte. Ihm wurde eine Bescheinigung für die Ausländerbehörde gegeben, bei der er sich unverzüglich melden muss, um einen Aufenthaltsstatus zu erwirken.

Griesheim: In der Wilhelm-Leuschner-Straße geriet am frühen Mittwochmorgen (03.07.) eine 27-jährige Frau in das Visier von zwei Männern. Gegen 2.40 Uhr sollen die beiden Täter das Kleid der Frau im oberen Bereich zerrissen haben. Einer der Beiden nutzte die Situation und soll die 27-Jährige anschließend unsittlich berührt haben. Durch die Androhung seitens der Frau die Polizei zu rufen, ergriffen die Täter die Flucht. Beide Täter sollen zwischen 20 und 25 Jahren alt sein sowie kurze Haare haben. Zudem sollen sie ein [afrikanisches Erscheinungsbild](#) gehabt haben. Einer der Männer war mit einer schwarzen, langen Hose und einem Basecap bekleidet. Der andere hatte eine dunkelblaue, lange Hose an und soll am linken Oberarm Tätowiert sein.

Wetzlar: Gestern Abend (02.07.2019) wehrte sich eine Wetzlarerin an einer Bushaltestelle vehement gegen Zudringlichkeiten eines Mannes. Der schlug und trat die Frau anschließend ebenfalls. Die 39-Jährige saß gegen 19.45 Uhr auf der Bank einer Bushaltestelle in der Altenberger Straße. Aus einem ankommenden Bus stieg der Täter aus, setzte sich neben die Frau und begrapschte sie an Oberschenkel und im Schritt. Die Wetzlarerin schrie den offensichtlich Betrunkenen an und trat ihm zwischen die Beine. Sofort ließ der Angreifer von ihr ab und das Opfer ging davon. Wenige Meter später holte der Täter sie ein, schlug ihr gegen den Kopf und trat ihr in den Rücken. Der Angreifer selbst blieb bis zum Eintreffen der Polizei in der Nähe und konnte durch die Polizisten festgenommen werden. Das Opfer trug Prellungen davon und

klagte über Nacken- und Rückenschmerzen. Der 42-jährige Täter stammt aus [Tunesien](#) und lebt in Gießen. Ein Bereitschaftsstaatsanwalt ordnete eine Blutentnahme an, die ein Arzt auf der Wache in Wetzlar durchführte. Nach seiner Vernehmung und erkennungsdienstlichen Behandlung durfte er die Wache wieder verlassen. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und sexueller Belästigung.



Idar-Oberstein: Am letzten Sonntag, 30. Juni, gegen 1 Uhr, wurde eine junge Frau in einem Waldstück im Bereich „Hasenklopp“ von einem unbekanntem Mann angegriffen und verletzt. Nach den bisherigen Ermittlungen der Kripo verfolgte der Unbekannte die 18-Jährige, als diese nachts eine Abkürzung über einen Waldweg vom Barbararing zur Straße Hasenklopp nahm. Noch im Waldbereich kurz vor der Straße Hasenklopp zog er sie an den Haaren zu Boden. In der Folge verletzte er die Frau mit einem Messer und es kam zu sexuellen Übergriffen

und Schlägen. Als ein Fahrzeug in der Nähe wendete, ließ der Täter von der Geschädigten ab und flüchtete über den Waldweg zurück in Grobrichtung Barbararing. Die Geschädigte beschreibt den Täter wie folgt: ca. 25-35 Jahre alt, ca. 175 cm groß, Vollbart im Kinnbereich, [südländische Erscheinung](#), sprach eine ihr unbekannte Sprache, trug ein dunkles T-Shirt mit heller Aufschrift und eine dunkle kurze Hose und reflektierende Schuhe. Zudem roch die Person nach süßlichem Tabak (ähnliche Shisha-Tabak). Wir bitten Zeugen und Anwohner um sachdienliche Hinweise sowie den Autofahrer, der zur Tatzeit im Bereich Hasenklopp wendete, sich an die Polizeiinspektion Idar-Oberstein, Tel.: 06781/45057-0 oder an die Kriminalinspektion Idar-Oberstein, Tel.: 06781/56867-0 zu wenden.

Osnabrück: Am Montagabend sind zwei Kinder im Bereich der Sackgasse des Luhrmannsweges Opfer eines Exhibitionisten

geworden. Die beiden 8-jährigen Mädchen spielten gegen 20 Uhr vor dem Eingang eines Mehrfamilienhaus, als sie von dem unbekanntem Täter angesprochen wurden. Als der Mann gleichzeitig Hand an sein entblößtes Geschlechtsteil legte, reagierten die Mädchen richtig und liefen ins Haus. Der Täter war um die 50 Jahre alt, hatte eine etwas dickere Figur, schwarze Haare und eine [braune oder gebräunte Hautfarbe](#).

Altenessen-Süd: Auf der Bäuminghausstraße, Höhe einer dortigen Bezirkssportanlage, kam es am 27. Juni gegen 14 Uhr zu einem Übergriff auf eine 10-Jährige. Ein bisher unbekannter Mann sprach das Mädchen an, während er vor ihr exhibitionistische Handlungen durchführte. Die 10-Jährige erschrak und rannte zügig in Richtung ihres Zuhauses. Auf der Bäuminghausstraße traf das weinende Mädchen auf einen Zeugen, der dem Mädchen seine Hilfe anbot. Als das Mädchen zu Hause eintraf und ihrer Mutter von dem Vorfall erzählte, informierte diese die Polizei. Der Täter wird als [südländisch](#) beschrieben. Er ist um die 16/17 Jahre alt und hat eine schlanke Statur.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Römerberg: Eine 65-jährige Spaziergängerin war bereits am Freitag (28.06.2019, 12.45 Uhr) im Bereich der großen Hohl, in der Nähe des dortigen Sportplatzes, in Römerberg zu Fuß unterwegs, als sie auf einen Mann mit einem Roller traf, der sie nach dem Weg fragte. Daraufhin öffnete er seine Hose und zeigte sein Geschlechtsteil. Die Frau schrie den Mann an. Er flüchtete anschließend mit seinem Roller. Der Mann war [circa 50 Jahre alt](#), trug einen Helm und fuhr mit einem roten Roller.

Sindelfingen-Nord: Am Dienstag gegen 19:35 Uhr waren zwei Frauen im Alter von 19 und 54 Jahren in Sindelfingen-Nord im

Waldgebiet „Eichholzer Täle“ mit ihrem Hund spazieren. Auf einem Waldweg kam ihnen ein etwa 20 Jahre alter Mann entgegen. Er ist circa 170 bis 175 cm groß, hat dunkle Haare und war mit einem Khaki Hemd sowie einer Jeans bekleidet. Als der Mann, der zudem noch Kopfhörer trug, die beiden Frauen passierte, hielt er ein Mobiltelefon in der einen Hand und mit der anderen Hand manipulierte er an seinem Geschlechtsteil. Er schaute die Frauen an, grüßte sie und ging davon. Nachdem die Spaziergängerinnen ihren Weg fortgesetzt hatten, trafen sie kurz darauf auf einen weiteren, bislang unbekanntem Mann, der an einem Baum gelehnt war und ebenfalls an seinem entblößten Geschlechtsteil unsittliche Handlungen vornahm. Auch er ist vermutlich etwa 20 Jahre alt, klein, hat dunkle Haare und trug eine Brille sowie ein Hemd mit V-Ausschnitt. Nach diesen unschönen Begegnungen alarmierten die Frauen die Polizei.



Recklinghausen: Vom Berliner Platz aus soll ein Mann am Dienstag einem 13-jährigen Mädchen bis zur Von-Waldthausen-Straße gefolgt sein. Der Mann, etwa 25 bis 30 Jahre alt, 1,75 m groß, normale Figur, blaue Jeans und schwarze Lederjacke, ist etwa eine Viertelstunde hinter der 13-Jährigen hergegangen. Gegen 20.30 h hat er seine Hose geöffnet und sein Glied gezeigt. Das Mädchen rannte weg. Eine Suche nach dem Mann im Umfeld verlief ohne Erfolg.

Warendorf: Am Mittwoch, 26.6.2019 zeigte sich gegen 18.20 Uhr ein Unbekannter einem Mädchen an dem Weg Börgerkamp in Enniger in schamverletzender Weise. Der Tatverdächtige fuhr zunächst mit seinem Fahrrad an der Schülerin vorbei und hielt dann an. Als sie ihn passierte, machte der Jugendliche auf

sich aufmerksam, so dass das Mädchen die Handlung wahrnehmen konnte. Der Tatverdächtige ist geschätzt zwischen 16 und 17 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß

, hat dunkle an den Seiten rasierte Haare. Er trug rot-schwarze Schuhe, ein weißes T-Shirt mit einer Aufschrift und eine langbeinige Jeans. Der Jugendliche hatte ein schwarzes Hollandfahrrad dabei, welches möglicherweise mit grün abgesetzt ist.

Nürnberg: Am Freitag (21.06.19) zeigte sich ein unbekannter Mann mehreren Jugendlichen in schamverletzender Weise. Die Polizei bittet um weitere Zeugenhinweise. Gegen 20:30 Uhr näherte sich in der Kilianstraße ein Unbekannter einer Gruppe von fünf Mädchen, stellte sich einige Meter neben die Jugendlichen und machte Onanierbewegungen. Anschließend flüchtete er in den Wald. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: Ca. 170 – 180 cm groß, dunkle Haare, trug dunkles T-Shirt .